

**Stefan Gaitanides**

**Politische Ethik in der Einwanderungs-  
Gesellschaft – „deutsche Leitkultur“ oder  
„multikulturelle Demokratie“ !?**

- 1. Mythos der kulturellen/ethnischen Homogenität der nationalen „Abstammungsgemeinschaft“**
- 2. Liberal-demokratischer Verfassungsstaat und kultureller Pluralismus**
- 3. Verfassung und Grenzen kultureller Toleranz**
- 4. Braucht es eine „deutsche“ Leitkultur zur Integration der Gesellschaft und des politischen Gemeinwesens?**
- 5. Politische Rechte und politische Partizipation als Voraussetzung von Integration oder als Integrationsprämie ?**

# Mythos von der kulturell/ethnischen Homogenität der nationalen „Abstammungsgemeinschaft“

- „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“ > auf ganz Europa verstreutes Imperium (Amtssprache Latein), vor der Reichsgründung 1870 > Fülle von Kleinstaaten, in denen vom „gemeinen Volk“ extrem unterschiedliche Lokaldialekte gesprochen wurden (Hochdeutsch: angelehnt an Dialekt aus der hanoveranischen Gegend)
- Auf Grund des zivilisatorischen Rückschlages des 30jährigen Krieges kam es zu einem innereuropäischen Entwicklungsgefälle; Orientierung an entwickelteren Ländern (Friedrich der Große orientierte sich stark an der franz. Aufklärung, Französisch als Modesprache des Adels)
- Ein großer Teil „deutscher“ Wörter ist aus dem Griechischen (Politik), Lateinischen (Nase), Arabischen (Tasse), Französischen (rasieren) eingewandert (heute v.a. Anglizismen).

# **Mythos von der kulturell/ethnischen Homogenität der nationalen „Abstammungsgemeinschaft“**

- Die Heterogenität der Alltagskultur wird in der jüngeren Entwicklung durch die Beschleunigung der geografischen und sozialen Mobilität verstärkt (Prozess der Individualisierung führt zur Pluralisierung von Lebensformen und Lebensstilen – Ausdifferenzierung von Milieus, Subkulturen, Mehrfachzugehörigkeiten)
- Die „kulturell homogene nationale Abstammungsgemeinschaft“ erweist sich bei nüchterner Betrachtung – nicht nur in Deutschland – als ein ideologisches Konstrukt das keine Entsprechung in der Wirklichkeit hat.
- Die kulturelle Vielfalt der Gebietsbevölkerung wird durch grenzüberschreitende Wanderung zusätzlich verstärkt
- Deutschland ist unumkehrbar ein Einwanderungsland

## **Dokumentation der SPD-Innenminister „Verfassungsfeind NPD“**

(<http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=4231>), 2009, S. 9

Die Nation ist definiert als eine „organisch gewachsene Gemeinschaft körperlich, geistig und seelisch verwandter Menschen mit gemeinsamer Sprache und Kultur, Geschichte und Tradition, Abstammung und Schicksal“ (NPD-Argumente, S.13f)

„Neben der Familie und der Region spielt das Volk eine entscheidende Rolle bei der Verwurzelung und Rollenzuweisung des Menschen. Durch gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur entsteht eine Gemeinschaft, mit der sich der Mensch identifizieren kann und deren Bestandteil er ist. Durch das Eindringen zu vieler Fremder wird diese Gemeinschaft zerstört. Der multikulturelle Wahnsinn, der vom herrschenden Parteienkartell betrieben wird, ist somit als gezielter Angriff auf die Volksgemeinschaft zu bewerten.“(NPD-Aktionsprogramm, S.12f)

## **Dokumentation der SPD-Innenminister „Verfassungsfeind NPD“**

(<http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=4231>), 2009, S. 9f

„Solidarismus ist nur innerhalb einer homogenen Bevölkerung möglich. Der Nachbar muß als gleichartig empfunden werden. Empfinde ich ihn als fremd, gibt es keine Ehrenämter mehr, keinen Idealismus, Einsatz fürs Volk, sondern Vetternwirtschaft und Korruption. Brasilien mit seinem Rassen-Chaos und seiner beispiellosen Korruption beweist dies, ebenso wie bei uns ‚Multikulti‘ zu wachsender Korruption geführt hat.“(Deutsche Stimme 5/2007, S.20 [RIEGER, Jürgen].)

„Wo das Volk stirbt (wie in der multikulturellen Gesellschaft), stirbt die Gemeinschaft, wo die Gemeinschaft stirbt, stirbt die Kultur und wo die Kultur stirbt, stirbt der einzelne Mensch. Mensch kann der Mensch nur da sein, wo er unter seinesgleichen ist und eine solidarische Gemeinschaft ausbilden kann.“(Argumente, S.7f.)

# Sozial geht nur national



[npd-hessen.de](http://npd-hessen.de)

**NPD**

*Die Nationalen*

# **Liberal-demokratischer Verfassungsstaat und kultureller Pluralismus**

- Die Trennung von Staat und partikularen kulturellen Gruppen (v.a. religiöse und ethnische Gemeinschaften) ist eine bitter erkämpfte Errungenschaft.
- Ebenso der Grundsatz der Gleichbehandlung (keine ständischen Privilegien, keine ethnischen und konfessionellen Vorrechte) !
- Keine partikulare (Weltanschauungs-) Gemeinschaft darf den Staat und seine Organe dominieren bzw. ihre Vorstellung „Guten Lebens“ anderen Bürgern/Gruppen oktroyieren – auch die Mehrheit nicht den Minderheiten!
- „Der Staat soll sich um das Wohl der Bürger kümmern nicht um ihr Seelenheil!“ (J. Locke) „jeder nach seiner Fassung selig!“
- Alle Bürger haben ein Recht auf freie Religionsausübung!

# **Grenzen der kulturellen Toleranz im liberal-demokratischen Verfassungsstaat**

- Die kulturellen Freiheiten sind durch die Verfassung bzw. die Grund- und Menschenrechte begrenzt.
- Kulturelle Praktiken, die die individuellen Freiheitsrechte oder die demokratischen Grundrechte außer Kraft setzen, können nicht geduldet werden und müssen gesetzlich verfolgt werden.
- Z.B. Aufruf zu Rassismus und Völkerhetze, „ausländerfreie Zonen“, Diskriminierung auf Grund ethnischer/religiöser Herkunft, Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung, Ehrenmorde

Moderne Einwanderungsgesellschaften seien  
„... eine Komposition aus Steinchen verschiedener Farbe und Form, zusammengehalten durch einen Zementuntergrund und einen Rahmen. Den Zement müssen die Grundwerte bilden, die für alle verbindlich sind: das Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung und zum Verfassungsstaat; praktizierte Toleranz; eine gemeinsame Sprache, die das Funktionieren und die Kohäsion der Gesellschaft fördert.“

Den Rahmen aber müsse eine einheitliche Rechts- und Verfassungskultur geben: “Die islamische Scharia neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch - das geht nicht. Je bunter der ethnische Flickenteppich unserer Gesellschaft wird, desto fester muss er durch das gegengenähte Gewebe einer gemeinsamen Werteordnung zusammengehalten werden.”

**Amitai Etzioni**, zit.n. Tho Sommer. Einwanderung ja, Ghettos nein. Die Zeit  
24.11.2000

# **Grenzen der kulturellen Toleranz im liberal-demokratischen Verfassungsstaat**

Andererseits ist das Grundgesetz bzw. die Menschenrechte auch unterschiedlich interpretierbar und Grundrechte können auch miteinander kollidieren (vgl. Abtreibungsdebatte: Recht auf Leben des ungeborenen Kindes versus Recht auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung der Persönlichkeit – „mein Bauch gehört mir!“)

.... so auch im Falle der Befreiung von muslimischen Schülerinnen vom Schwimmunterricht (Schulpflicht versus Elternrecht/Religionsfreiheit) oder im Falle des Verbots des Kopftuches im öffentlichen Dienst



## Die Haube

Ganz schön zugeknöpft wirkt die Garderobe der heiligen Anna. Sie trägt den hochgeschlossenen plissierten Kragen und die Haube der niederländischen Mode des 16. Jahrhunderts, im deutschen Volksmund auch „Vermümmelung“ genannt. Auch Maria Salome ist mit dieser an die Tracht einer Nonne erinnernden Kopfbedeckung abgebildet. Außer Maria sind alle dargestellten Frauen sprichwörtlich „unter die Haube gekommen“ – als ein Zeichen ihres Ehestandes. Maria hingegen wird in den meisten Madonnendarstellungen mit offenem Haar abgebildet. Dies symbolisiert ihre Jungfräulichkeit.

Bildausschnitt aus: Lukas Cranach  
„Torgauer Altar“ 1509



# Verfassungsrechtliche Argumente pro und kontra Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst, resp. Schulen

## Pro

- Das Kopftuch ist Symbol für die im GG untersagte Ungleichbehandlung der Frau
- Es gibt nicht nur eine aktive Religionsfreiheit sondern auch eine passive, d.h. ein Recht der Schüler der öffentlichen Schule auf Nichtbehelligung mit religiösen Symbolen (Trennung von staatlich verwalteter Öffentlichkeit und Religion)

## Kontra

- Die gesellschaftliche Bedeutung des Kopftuches ist vielfältig. Gerade bei bildungsnahen Muslima handelt es sich überwiegend um eine freiwillige und ganz persönliche Identifikation mit den religiösen Praktiken, zu denen auch Kleidervorschriften gehören
- kein Missionierungssymbol per se
- und kein Symbol für Frauenunterdrückung, im Gegenteil, es bewahrt – der Selbstdefinition nach – vor sexistischer Behelligung und erweitert die Handlungsspielräume von Töchtern aus konservativen Familien

**„So lehrt die soziologische Identitätstheorie, dass die wachsende Verbreitung von Kopftüchern, die man bei muslimischen Frauen, auch bei gut ausgebildeten, beobachten kann, ein **Zeichen von zunehmender Integration und nicht von zunehmender Desintegration** ist. Weil nämlich diese Frauen den Anspruch erheben, trotz Differenzmarkierung teilhabeberechtigt zu sein und gewissermaßen auszutesten, wie man sich anders macht, um gleich werden zu können.“**

Der Soziologe Heinz Buder in Die Welt 30.10.2010

## **Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Fall der Lehramtsanwärterin Ludin vom 24.9.03 (2BvR 1436/02)**

- Grundsätzlich stehe einem Verbot des Tragens religiöser Symbole bei öffentlichen Funktionsträgern auf Grund der verfassungsrechtlichen Vorgabe der Trennung von Staat und Religion nichts im Wege.
- Für ein Verbot im Bereich des Lehramtes sind die Länder zuständig.
- Hierfür müssten sie Gesetze erlassen.
- Allerdings müsse der Gleichheitsgrundsatz gewahrt bleiben und dann alle religiösen Symbole verboten werden.

## Gesetzgebung auf Landesebene

- Bayern, Baden-Württemberg, NRW und Hessen verbieten einseitig das Kopftuch für Lehrerinnen nicht aber Kreuz/Ordenstracht und Kipa. Hessen hat das Verbot auf alle Landesbeamtinnen ausgeweitet.
- Berlin geht den Weg der strikten Säkularisierung des Staates wie in Frankreich und verbietet allen LehrerInnen, Justizbeamten und PolizistInnen das Tragen von „sichtbaren religiösen oder weltanschaulichen Symbolen“ (Neutralitätsgebot des Landes Berlin, Art. 29 Berliner Verfassung).
- Auf der selben Linie liegt der Beschluss, die Teilnahme am religiösen Bekenntnisunterricht freizustellen und stattdessen ein Pflichtfach Werteunterricht einzuführen, in dem auch die Grundlagen der verschiedenen Religionen vermittelt werden sollen.

# **Kopftuchverbot in NRW**

**Düsseldorf.** Muslimische Lehrerinnen dürfen in nordrhein-westfälischen Schulen künftig kein Kopftuch mehr tragen. So entschied der Düsseldorfer Landtag am 31. Mai 2006 im Rahmen der Verabschiedung des ersten Teils der Schul-Novelle. Mit unverzüglicher Wirkung sind alle Kleidungsstücke und Symbole verboten, „die den Schulfrieden stören könnten“. Das gleiche gelte für jedes Verhalten, das als Auftreten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gewertet werden kann. Anders als das Kopftuch sollen das christliche Kreuz, die Nonnentracht oder die jüdische Kippa nicht aus den Klassenzimmern verbannt werden, da sie im Einklang mit den verfassungsrechtlich verankerten christlich-abendländischen Bildungs- und Kulturwerten stünden, hieß es in der Gesetzesbegründung. Verfassungsrechtler sind skeptisch, ob diese Position aufrechterhalten werden kann. (esf)

# Kommentare zum Kopftuchstreit

- „Es kommt darauf an, was unter dem Kopftuch ist.“ Ex-Bürgermeister von Stuttgart Manfred Rommel
- Auch Birgit Rommelspacher argumentiert gegen die generalisierende Gleichsetzung von Kopftuch und Frauenunterdrückung: „Das Kopftuch kann Ausdruck einer bewussten Selbstverortung sein und Widerstand gegen Assimilationismus ausdrücken (‘Neoislamistinnen‘), auf der anderen Seite aber auch Ausdruck eines repressiven Kollektivismus sein.“
- „Das Kopftuch und der Tschador symbolisieren in meinen Augen die Unterwerfung der Frau ...“ (Rechtsanwältin Seyran Ates)
- Eine „Stigmatisierung des Kopftuches als politisches Symbol des Fundamentalismus und der Frauenunterdrückung (spielt) gerade denjenigen Gruppen in die Hände, für die Ausgrenzung von Muslimen und Musliminnen ... ideologische Voraussetzung für den Rück-zug in die Eigengruppe und eine weitere Radikalisierung sein kann.“ (Aufruf wider ein Lex Kopftuch/M.L. Beck, R. Süßmuth, B. John u.a.)

## **Umfrage der Konrad Adenauer Stiftung bei 315 Kopftuch tragenden türkischen Frauen (2006)**

94 %: „In einer Ehe/Partnerschaft ist es heute wichtig, dass sich auch die Frau ihre beruflichen Wünsche erfüllen kann.“

82%: „Eine gute Partnerschaft führen“

81 %: „In einer Ehe soll es bei dem, was der Mann oder die Frau für Haushalt und Familie tun, keine prinzipiellen Unterschiede geben“

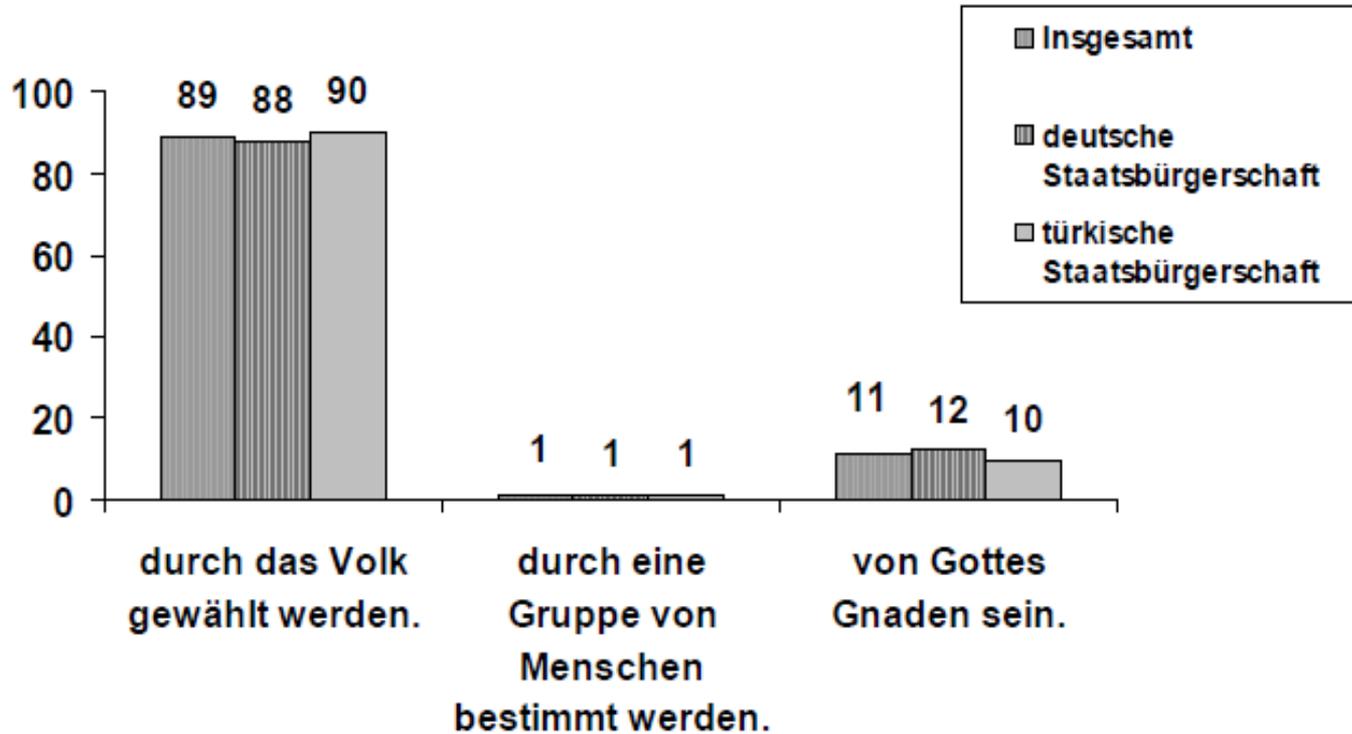
79 %: „Dass man sich als freier Mensch fühlen kann/  
möglichst frei und unabhängig sein“

71%: „Vorwärts kommen, es im Leben zu etwas bringen“

60 %: „In einer fortschrittlichen Gesellschaft leben“

59%: „Dass ich Erfolg im Beruf habe“

## Die Regierung eines Landes sollte ...



## **Braucht es eine „deutsche“ Leitkultur zur Integration der Gesellschaft und des politischen Gemeinwesens ?**

„Wer Deutscher werden will, muss sich auch zur deutschen Schicksalsgemeinschaft und damit zur deutschen Geschichte bekennen. Zu dem muss er **die deutsche Leitkultur** akzeptieren. (...) Zu unserer deutschen Schicksalsgemeinschaft gehört es, dass wir ein besonderes Verhältnis zu Israel haben. Das müssen auch alle muslimischen Einbürgerungswilligen akzeptieren.“

Volker Kauder, CDU MdB, 2006, FAZ, 15. Juli 2006

## **Dokumentation der SPD-Innenminister „Verfassungsfeind NPD“**

(<http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=4231>), 2009, S. 9

„Wir müssen unablässig bestrebt sein, unsere ur-deutschen, mit unserem Blut und Boden verwachsenen Traditionen von allen Fremdübertragungen zu befreien; wir dürfen nur pflegen, was echt, deutsch und unserer Art gemäß ist.“ (Internetauftritt der NPD LV Bremen zur „Deutschen Jahreswende“, 10.12.2007.)

„Im übrigen braucht unser Volk keine Zuwanderung unwillkommener raum- und kulturfremder Ausländer, sondern deren sozialverträgliche Rückführung, wie dies im Ausländer-rückführungsprogramm der Nationaldemokraten detailliert dargestellt wird (...) Nur in der Volksgemeinschaft mit genügend eigenen Kindern wird unser Volk eine Zukunft haben.“ (Deutsche Stimme 8/2005, S.4.)

# **Fünf Eckpunkte für einen modernen bürgerlichen Konservatismus**

## ***1. Klare Werte – starker Zusammenhalt***

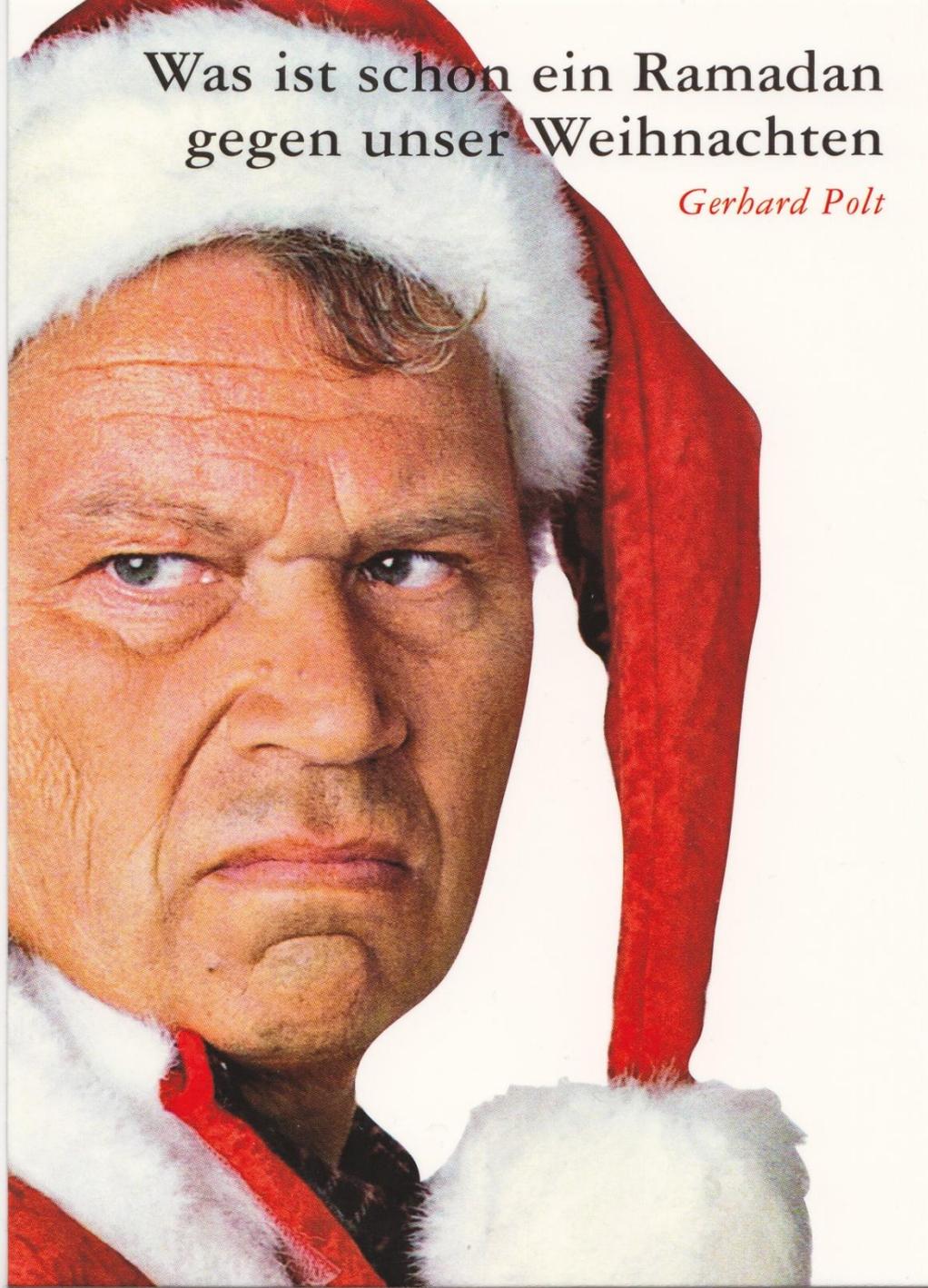
### **Christlich-abendländische Werte sind Grundlage unserer Leitkultur.**

... Nicht jedes Lebens- oder, Gesellschaftsmodell verdient es, im Zeichen der Pluralität gleichermaßen gefördert zu werden. Die aus dem christlichen Menschenbild entstandenen Menschenrechte sind universell gültig und dürfen nicht infrage gestellt werden. Deshalb bekennt sich eine bürgerlich-konservative Politik auch zur deutschen Leitkultur. ... Der deutsche Pass kann nur als Abschluss und nicht als Beginn einer erfolgreichen Integrationspolitik stehen. ... Wir müssen die Entstehung von Parallelgesellschaften verhindern. Die rot-grüne Multi-Kulti-Idee ist gescheitert. ... Wir wollen den Umfang der Zuwanderung entsprechend den Interessen unseres Landes begrenzen und steuern.

**Aus dem Strategiepapier der Jung-Konservativen der CDU/CSU, Autoren: H. Wüst, P. Mißfelder, M. Söder, S. Mappus; Quelle: FR 7.9.07, S. 13, Volltext: [www.fr-online.de/cdukonservativ](http://www.fr-online.de/cdukonservativ)**

Was ist schon ein Ramadan  
gegen unser Weihnachten

*Gerhard Polt*



## **Auszug aus dem Grundsatzprogramm der CDU 2007**

„Deutschland ist Integrationsland. Integration bedeutet die Akzeptanz kultureller Verschiedenheit auf der Basis allgemein geteilter und gelebter Grundwerte. Integration bedeutet, Verantwortung zu übernehmen für unser Land. Ein unverbundenes Nebeneinander und die Bildung von Parallelgesellschaften, in denen unsere Rechtsordnung missachtet wird, lehnen wir ab. Wer in Deutschland leben möchte, muss die zentralen Werte und Normen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung annehmen, ohne seine Herkunft zu verleugnen und seine Wurzeln aufzugeben. Wo aber Menschenrechte und Demokratie in Frage gestellt werden, gibt es keine Recht auf kulturelle Differenz. Darüber müssen sich alle einig sein, Zuwanderer wie Aufnehmende. Integrationsverweigerung darf nicht folgenlos bleiben“ (ww.cdu.de S. 78f)

# **Braucht es eine „deutsche“ Leitkultur zur Integration der Gesellschaft und des politischen Gemeinwesens ?**

- Integration erfolgt in der hochkomplexen, dynamischen modernen Gesellschaften nicht mehr durch die historisch gewachsene Sitten- und Wertegemeinschaft (Durkheim: mechanische Solidarität) sondern über das Recht und die wechselseitige Angewiesenheit von Marktteilnehmern (Durkheim: organische Solidarität).
- Die Dominanz bestimmter Wertegemeinschaften würde zur Desintegration davon abweichender kulturellen Gemeinschaften führen (Ausgrenzung und Selbstisolation von Minderheiten).
- Stabilisierung des gesellschaftlichen Zusammenhangs durch eine Kultur der wechselseitigen kulturelle Akzeptanz (Vielfalt als Leitkultur und Bereicherung – Steigerung der Problemlösungskapazität durch Diversität)
- Kulturelle Liberalität erleichtert interkulturelle Brückenschläge und verbindende Mehrfachzugehörigkeiten (hybride Identitäten – „Deutsch-Griechen, -Türken“ usw.) und mittelbar die Identifikation mit dem politischen Gemeinwesen (Verfassungspatriotismus)

# Politische Rechte und politische Partizipation als Voraussetzung von Integration von Einwanderern oder als Integrationsprämie?

- Bisher: Hohe Hürden für den Erwerb der Staatsbürgerschaft (gute Deutschkenntnisse, soziale Integration, Gesetzestreue, Ablegen der bisherigen Staatsangehörigkeit) – d.h. Erwerb der Staatsbürgerschaft als krönender Abschluss des Integrationsprozesses

## Folgen u.a.

- Geringe Einbürgerungsquote (9-10 % der Bevölkerung ohne politische Mitspracherechte, 20 % der Frankfurter)
- Geringe Repräsentanz von Personen mit Migrationshintergrund in politischen Parteien
- Die zivilgesellschaftlichen Organisationen der Migranten werden nicht wahrgenommen und in ihrer Bedeutung nicht ernst genommen, da sie über keine Wähler mobilisieren können.
- Wahlkämpfe „auf dem Rücken“ der politisch Rechtlosen
- Geringe „assimilative Identifikation“ (kollektives Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland)

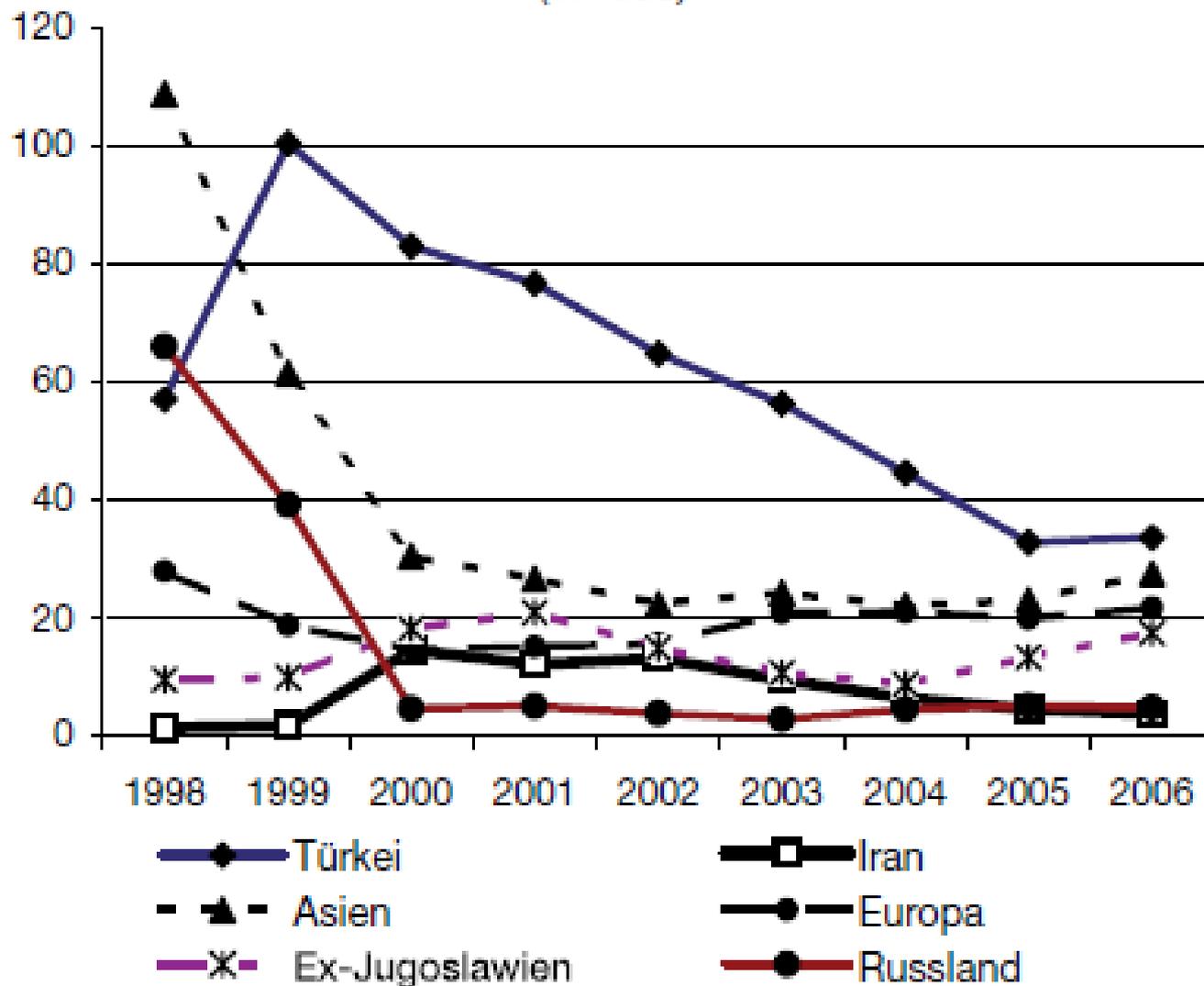
## CDU-Programm 2007 zur Einbürgerung

„Die **Einbürgerung am Ende des Integrationsprozesses** wird von uns als Verwirklichung gleichberechtigter Teilhabe mit allen Rechten und Pflichten verstanden. Dies ist ein entscheidender Moment im Leben des Einzelnen, der damit seine Loyalität gegenüber unserem Staat zum Ausdruck bringt. Dies gilt es anzuerkennen und angesichts rückläufiger Einbürgerungszahlen mit Augenmaß zu fördern.“ (www. cdu.de S.79)



BÜRGERLICH PUNKTEN .... DEUTSCHLAND 2011

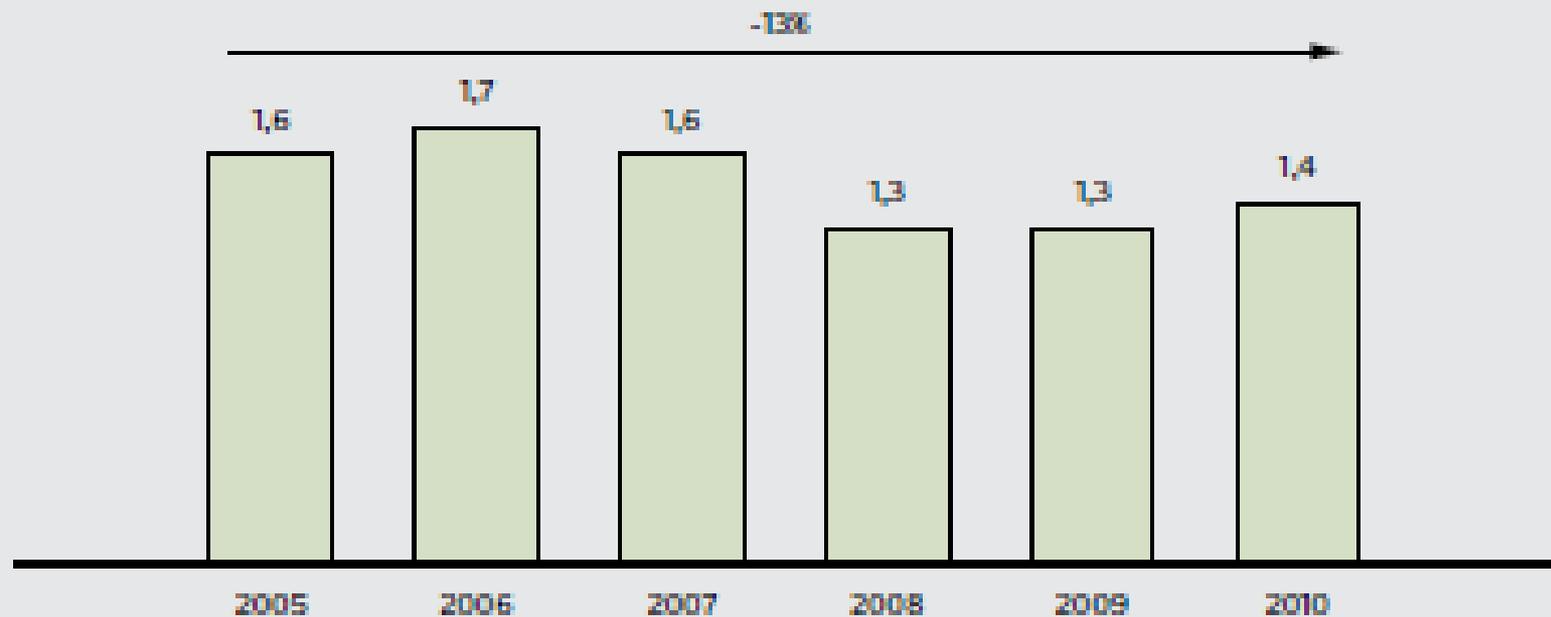
**Abbildung 2**  
**Einbürgerungen nach ausgewählten**  
**Herkunftsländern und Regionen 1998 bis 2006<sup>1</sup>**  
 (in 1000)



## Abb. 4: Einbürgerungsquote

Einbürgerungen insgesamt an allen Ausländerinnen und Ausländern

Quelle: Statistisches Bundesamt



Die Prozentangaben über den Pfeilen beschreiben die prozentuale Veränderung für den Zeitraum des ersten Berichtsjahres bis zum letzten Berichtsjahr

Grafik: ICG 2011

## Hessischer Einbürgerungsfragebogen

- 27) Welcher deutscher Bundeskanzler bekam den Friedensnobelpreis?
- 30) Welche Ereignisse fanden am 9.11.1938 und am 9.11.1989 statt ?
- 58) Für Abgeordnete in den Parlamenten gilt der „Grundsatz des freien Mandats“. Was ist das?
- 84) Der deutsche Maler Caspar David Friedrich malte auf einem seiner bekanntesten Bilder eine Landschaft auf der Ostseeinsel Rügen. Welches Motiv zeigt dieses Bild ?
- 87) Nennen Sie drei überregionale deutsche Tageszeitungen und zwei öffentliche-rechtliche Rundfunkanstalten



Sprachtest als Einbürgerungshürde